

Neue Westfälische vom
28.08.2015, S. 3

Lammert tritt Debatte um Ruhrgebiet los

Mehr Eigeninitiative statt Fördergelder

VON LOTHAR SCHIMALEN

■ **Bielefeld. Mit seiner Einschätzung, dass das Ruhrgebiet nicht nur nach neuen Fördermillionen rufen, sondern sich einmal selbst auf die Hinterbeine stellen sollte, um seinen Niedergang zu stoppen, hat Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) parteiübergreifend viel Zustimmung in Ostwestfalen-Lippe erfahren.**

Auch der Bielefelder SPD-Landtagsabgeordnete Günter Garbrecht glaubt, dass das Ruhrgebiet trotz vieler Fördermittel unter seinen Möglichkeiten bleibt. Güterslohs Landrat Sven-Georg Adenauer (CDU) sagte, Lammert spreche ihm aus der Seele. „Wenn ich höre, dass in Essen für einen Fußball-Viertligisten 40 Millionen Euro in ein neues Stadion fließen, frage ich mich, ob die vielen Millionen, die ins Ruhrgebiet fließen, richtig verwendet werden“, sagte Adenauer.

In einem Interview hatte Lammert, der aus dem Ruhrgebiet stammt und Ehrenvorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Ruhr ist, gesagt, das Ruhrgebiet sei nicht zurückgeblieben, weil es dort weniger Förderung gegeben habe. „Das gehört zu den Lebenslügen, die in dieser Region fast kultartig gepflegt werden“, so Lammert.

Lammert forderte, das Ruhrgebiet müsse zusammenrücken und öfter mit einer Stimme sprechen. Seit jeher setzt sich der Bochumer Politiker dafür ein, dass es in NRW statt der beiden Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe und der fünf Regierungsbezirke nur noch drei Regionalverbände, Rheinland, Westfalen und das Ruhrgebiet, geben sollte. Ein so gebündeltes Ruhrgebiet hätte auch in Berlin ein größeres Gewicht.

In diesem Punkt allerdings erntete Lammert energischen Widerspruch aus OWL. Von erneuten Strukturdebatten halte sie nichts, sagte Regierungspräsidentin Marianne Thomann-Stahl (FDP). „Ins Ruhrgebiet ist viel Geld geflossen, und wir müssen in der Tat feststellen: Das funktioniert so nicht“, meinte die

Regierungspräsidentin. Stattdessen müssten die Städte im Ruhrgebiet mehr zusammenarbeiten. Ein Blick nach OWL könne hilfreich sein. „Hier gibt es interkommunale Gewerbegebiete, und die Universitäten arbeiten zusammen. Und hier gibt es wie in kaum einem anderen Teil des Landes Netzwerke, die die Region voranbringen“, so Thomann-Stahl.

Von einer Loslösung des Ruhrgebiets aus dem Rheinland und aus Westfalen hält auch Matthias Löb, der Direktor des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, nichts. „Es wäre kontraproduktiv, die ärmeren Ruhrgebietsstädte von den wirtschaftlich besser dastehenden Landesteilen Rheinland und Westfalen zu separieren. Dann bleibt ein Ruhrgebiet übrig, das noch mehr Hilfe von außen braucht“, so Löb. Nicht eine Schwächung, sondern eine Stärkung der Vernetzung mit dem prosperierenden Umfeld sei das Gebot der Stunde. Löb wies daraufhin, dass auch andere Regionen in Westfalen einen Strukturwandel bewältigen mussten – „darunter auch solche, die schneller als das Ruhrgebiet waren“. Subventionen lähnten eben manchmal auch.

Als „Schnee von gestern“ bezeichnete der SPD-Landtagsabgeordnete Garbrecht die Idee, das Ruhrgebiet als einen von drei Regionalverbänden in NRW zu installieren. „Warum muss es immer das ganze Ruhrgebiet sein? Interkommunale Zusammenarbeit kann auch im engeren Rahmen Gutes bewirken“, so der Bielefelder. Er empfahl dem Ruhrgebiet, sich ein Beispiel an der Regiopollregion zu nehmen, die gerade von den OWL-Städten Bielefeld, Herford und Bad Salzuflen angestoßen worden sei.

André Kuper, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion und früherer Bürgermeister von Rietberg, sieht das ähnlich: „Regionale Zusammenarbeit muss von unten wachsen – wie die Regiopollregion um Bielefeld.“ Das könne ein gutes Rezept für die Gesundung des Ruhrgebiets sein.